

Chronologie

September / Oktober 2008*

September

1.9. Nach dem Ende der Sommerakademie des *Parti socialiste* (PS) vom 29.–31.8. in La Rochelle zeichnet sich ein Kampf um die Nachfolge des scheidenden Vorsitzenden François Hollande ab. Die ehemalige Präsidentschaftskandidatin Ségolène Royal sowie der Pariser Bürgermeister Bertrand Delanoë hatten im Vorfeld angekündigt, den Vorsitz der größten Oppositionspartei Frankreichs übernehmen zu wollen. Beide hatten ihre Partei in La Rochelle zur Geschlossenheit aufgerufen. Auf dem Parteitag in Reims im November 2008 soll der neue Vorsitzende gewählt werden.

1.9. Der amtierende EU-Ratspräsident, Nicolas Sarkozy, beruft einen EU-Sondergipfel in Brüssel ein, der sich mit dem Kaukasuskonflikt befasst. Die Staats- und Regierungschefs der EU beraten über mögliche Hilfen für Georgien und über die Beziehungen zwischen Russland und der EU. Die Anerkennung der abtrünnigen Regionen Südossetien und Abchasien durch Russland war zuvor von der französischen Ratspräsidentschaft scharf kritisiert worden.

3.9. Staatspräsident Sarkozy trifft in Damaskus den syrischen Präsidenten Baschar al-Assad, um über die aktuelle Situation im Nahost-Konflikt zu beraten. Sarkozy erhofft sich von den Gesprächen Fortschritte im Annäherungsprozess zwischen dem Libanon und Syrien und will Syrien aus seiner internationalen Isolation herausführen. Es ist seit 2005 der erste Besuch eines westlichen Staatschefs in Syrien, das wegen seiner Haltung im Libanonkonflikt international gemieden worden war.

5.9. Auf Einladung des französischen Außenministers Bernard Kouchner kommen die EU-Außenminister zu einem zweitägigen informellen Treffen in Avignon zusammen, um über Möglichkeiten einer Stabilisierung der Kaukasus-Region und die Entsendung einer zivilen EU-Beobachtermission nach Georgien zu beraten. In der abtrünnigen georgischen Provinz Südossetien war es im August zu kriegerischen Auseinandersetzungen mit Russland gekommen.

8.9. EU-Ratspräsident Sarkozy reist in Begleitung von Kommissionspräsident José Manuel Barroso und dem Hohen Vertreter für die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik Javier Solana nach Moskau und Tiflis, um den vollständigen Abzug der russischen Truppen aus dem Kernland Georgiens zu erreichen. Ein Sechspunkte-Friedensplan, den Sarkozy und der russische Präsident Medwedew ausgehandelt hatten und der den vollständigen Abzug russischer Truppen vorsah, war nicht vollständig eingehalten worden.

9.9. Der europäische Luft- und Raumfahrtkonzern EADS will im Rahmen seines Sparprogramms „*Power 8 Plus*“ bis zum Jahr 2010 eine Milliarde Euro einsparen, davon 650 Millionen Euro bei der Tochtergesellschaft Airbus. Dies soll unter anderem durch die Ausgliederung französischer Werke aus dem Konzern erreicht werden. Im Unterschied zum vorangegangenen Sparplan „*Power 8*“ sollen jedoch keine Stellen abgebaut werden. Stattdessen sind Strukturveränderungen und die langfristige Verlagerung von Produktionseinheiten vorgesehen, um die Einsparungen sicherzustellen.

* Zusammengestellt von Katrin Sold, Programm Frankreich / deutsch-französische Beziehungen der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP), Berlin.

9.9. Nach einer erneuten Panne in der Atomanlage Tricastin in Südfrankreich beim Austausch von Brennstäben muss der Reaktor abgeschaltet werden. Es handelt sich um den vierten Vorfall in der Anlage Tricastin innerhalb von zwei Monaten. Nach Angaben des Stromkonzerns EDF sei jedoch keine Radioaktivität in die Umwelt gelangt und es habe keine Gefahr für die Mitarbeiter bestanden.

10.9. Chris Viehbacher wird Nachfolger von Vorstandschef Gérard Le Fur beim weltweit drittgrößten Pharmakonzern Sanofi-Aventis. Die Aktionäre des französischen Unternehmens bewerten diese Nachricht positiv, Sanofi-Aventis schließt mit einem Kursplus von rund 7 %.

11.9. Der Vorsitzende der rechtsextremen Partei *Front National* (FN), Jean-Marie Le Pen, kündigt seinen Rückzug aus der Politik für das Jahr 2010 an. Der 80-Jährige, der insgesamt fünf Mal für das Amt des Staatspräsidenten kandidiert hatte und mehrfach für rassistische Äußerungen verurteilt worden war, empfiehlt seinen Anhängern als Nachfolgerin seine Tochter Marine Le Pen. Im Jahr 2002 hatte Jean-Marie Le Pen im ersten Wahlgang 16,9 % der Stimmen erhalten und war damit in die Stichwahl gegen Jacques Chirac eingezogen.

12.9. Papst Benedikt XVI. trifft erstmals nach seiner Wahl zum Kirchenoberhaupt im Jahr 2005 zu einem viertägigen Besuch in Frankreich ein. Er wird von Nicolas Sarkozy empfangen und hält eine Messe am Invalidendom in Paris, an der 250 000 Gläubige teilnehmen. Anschließend reist der Papst zum südfranzösischen Wallfahrtsort Lourdes weiter. Seit mehreren Jahren geht die Zahl der praktizierenden Katholiken sowie die Zahl der katholischen Taufen in Frankreich kontinuierlich zurück.

13.9. Nach einem Brand im Eurotunnel am 11.9. wird der Waren- und Zugverkehr zwischen Frankreich und Großbritannien teilweise wieder aufgenommen. Ein Lastwagen auf einem Güterzug hatte Feuer gefangen; der Zugverkehr wurde zunächst komplett eingestellt. Rund 30 000 Passagiere waren vom Ausfall des Eurostar betroffen. Der Zugverkehr bleibt auch in den folgenden Wochen eingeschränkt.

15.9. Im 19. Arrondissement in Paris kommt es zum zweiten Mal innerhalb weniger Tage zu Übergriffen auf Jugendliche, die durch Messerstiche verletzt werden. Bereits am 6.9. waren drei jüdische Jugendliche angegriffen worden, sechs Verdächtige befinden sich derzeit in Polizeigewahrsam. Der Pariser Bürgermeister Delanoë verurteilt die Übergriffe und fordert eine verstärkte Polizeipräsenz in dem als problematisch geltenden Viertel.

16.9. Eine Spezialeinheit der französischen Marine befreit mit Hilfe von Informationen durch die Seeaufklärung der deutschen Bundeswehr vor der Küste Somalias zwei französische Geiseln. Das Segler-Ehepaar war zwei Wochen zuvor von Piraten überfallen und entführt worden.

21.9. Die Abgeordneten des französischen Senats werden zu einem Drittel neu gewählt. In 38 Départements und 5 ÜberseeTerritorien werden 114 neue Senatoren durch 50 720 Wahlmänner bestimmt. Das linke Lager kann mehr Mandate erringen als erwartet und geht gestärkt aus der Wahl hervor. Die konservative Regierungspartei UMP von Präsident Sarkozy kann jedoch die Mehrheit im Senat behaupten.

22.9. Der europäische Luft- und Raumfahrtkonzern EADS droht damit, die Entwicklung des Militärtransporters A400M einzustellen, sollten die sieben europäischen Käufer-Nationen dem Konzern nicht finanziell entgegenkommen. EADS wird wegen technischer Probleme die Transportflugzeuge nicht rechtzeitig liefern können und fordert seine Kunden auf, auf die deswegen anfallenden Strafzahlungen zu verzichten.

22.9. Das französische Parlament stimmt im Rahmen einer Sondersitzung für eine Verlängerung des Einsatzes französischer Truppen in Afghanistan im Rahmen der ISAF-Mission. Außerdem sollen die Truppen aufgestockt sowie zusätzliches Material nach Afghanistan entsandt werden. Die Abstimmung in der Nationalversammlung war nach der Institutionenreform im Juli 2008 erstmals nötig geworden. Zuvor lag die Entscheidungsbefugnis allein beim Präsidenten.

23.9. In Paris protestieren zehntausende Angestellte der Post gegen die geplante Teilprivatisierung des Unternehmens. Nach Regierungsplänen soll die Post bis zum Jahr 2010 in eine AG umgewandelt werden. Im Zuge der vollständigen Liberalisierung des EU-Postmarktes sollen schließlich 30 % des Unternehmens an die Börse gebracht werden. Die geplante Kapitalöffnung stößt in weiten Teilen der Gesellschaft und bei den Gewerkschaften auf Vorbehalte. Sie befürchten langfristig eine vollständige Privatisierung der Post, was sich auf die Mitarbeiterstruktur und den Service auswirken könne.

23.9. Der französische Energiekonzern *Electricité de France* (EdF) kauft im zweiten Anlauf seinen britischen Konkurrenten British Energy für 15,8 Milliarden Euro und baut seine Position als Weltmarktführer weiter aus. Ab dem Jahr 2010 wird EdF in Großbritannien alle Atomkraftwerke betreiben und somit alleiniger Produzent von Nuklearenergie sein.

23.9. In seiner ersten Rede vor der UN-Vollversammlung in New York fordert Staatspräsident Sarkozy eine Vergrößerung des UN-Sicherheitsrates sowie eine Erweiterung der G8-Runde um die Länder China, Indien, Südafrika, Mexiko und Brasilien.

24.9. Nach der Überarbeitung des Datenbankprojekts *Edvige* auf Grund von massiven Protesten liegt nun das Projekt *Exploitation documentaire et valorisation de l'information relative à la sécurité publique* (EDVIRSP) vor. Daten dürfen demnach nur noch für fünf Jahre gespeichert werden, Erhebungen zum Gesundheitszustand und zur sexuellen Orientierung sind ausgeschlossen. Die Erfassung der Daten Minderjähriger bleibt erlaubt, die Angaben müssen jedoch gelöscht werden, sobald die Volljährigkeit erreicht ist und falls in den vorangegangenen zwei Jahren keine weiteren Straftaten hinzugekommen sind.

26.9. Frankreich wird auch im Jahr 2008 seine Haushaltsziele nicht erfüllen können. Die Staatsverschuldung liegt erneut oberhalb der im EU-Stabilitätspakt vorgesehenen Obergrenze von 60 %. Das Staatsdefizit liegt im Jahr 2008 bei 2,7 % des Bruttoinlandsproduktes. Damit kann Frankreich seiner Zusage gegenüber der EU, das Defizit im Jahr 2008 auf 2,5 % zu senken, nicht nachkommen. In einer mittelfristigen Finanzpla-

nung legt sich Frankreich nun auf das Erreichen eines ausgeglichenen Haushaltes bis zum Jahr 2012 fest.

30.9. Im Monat August hat der französische Arbeitsmarkt den stärksten Anstieg der Arbeitslosigkeit seit 15 Jahren erfahren. Als Ursache wird vor allem die internationale Finanzkrise genannt. Seit 2005 war die Arbeitslosigkeit in Frankreich kontinuierlich zurückgegangen.

30.9. Staatspräsident Sarkozy und der indische Premierminister Manmohan Singh unterzeichnen in Paris ein Kooperationsabkommen im Bereich der zivilen Nutzung der Nukleartechnik. Das Abkommen ermöglicht Verhandlungen Indiens mit dem französischen Konzern Areva über die Lieferung und den Bau von zwei Druckwasserreaktoren.

Oktober

1.10. Der ehemalige Wirtschaftsminister Gérard Larcher wird zum Senatspräsidenten gewählt, dem protokollarisch zweithöchsten Amt des Staates. Larcher, der die Nachfolge von Christian Poncelet antritt, hatte sich in einer internen Abstimmung der Mehrheitspartei UMP gegen den Ex-Premierminister Jean-Pierre Raffarin durchgesetzt.

3.10. Frankreich befindet sich zum ersten Mal seit 15 Jahren in einer Rezession. Nach dem negativen Wachstum im zweiten Quartal (- 0,3 %) wird auch für das dritte und vierte Quartal ein Rückgang des Bruttoinlandsproduktes erwartet. Experten sagen für das Jahr 2008 nur noch ein Wachstum von 0,9 % voraus und prognostizieren einen Anstieg der Arbeitslosigkeit auf 7,4 %.

4.10. Staatspräsident Sarkozy lädt die Staats- und Regierungschefs Deutschlands, Großbritanniens und Italiens zu einem Gipfeltreffen zur internationalen Finanzkrise ein. Im Beisein von EU-Kommissionspräsident Barroso, dem Präsidenten der Europäischen Zentralbank Trichet und dem Chef der Eurogruppe Juncker soll über ein gemeinsames Vorgehen der europäischen Staaten beraten werden. Entgegen vorheriger Berichte soll jedoch kein gemeinsames Notfallpaket beschlossen werden. Im Vorfeld des Gipfels war es zwischen Frankreich und Deutschland zu Unstimmigkeiten bezüglich

des weiteren gemeinsamen Vorgehens gekommen, nachdem Bundeskanzlerin Angela Merkel die Einrichtung eines europäischen Hilfsfonds abgelehnt hatte.

6.10. Der Nobelpreis für Medizin geht an die französischen Forscher Luc Montaigner und Françoise Barré-Sinoussi für die Entdeckung des Aids-Erregers. Sie teilen den Preis mit dem deutschen Krebsforscher Harald zur Hausen, der die Auszeichnung für die Forschung an humanen Papillomviren und ihren Zusammenhang mit Gebärmutterhalskrebs erhält.

6.10. In Paris stehen 42 Franzosen wegen des Schmiergeldskandals um illegale Waffengeschäfte mit dem Bürgerkriegsland Angola in den 1990er Jahren vor Gericht, darunter der Sohn des ehemaligen französischen Präsidenten François Mitterrand, Jean-Christophe, der ehemalige Innenminister Charles Pasqua und der Berater von Nicolas Sarkozy, Jacques Attali. Die Hauptakteure Pierre Falcone und Arcadi Gaydamak werden beschuldigt, in den 1990er Jahren trotz des verhängten Waffenembargos mit Wissen und auf Vermittlung politischer Vertreter russische Waffen an den damaligen angolischen Staatschef Dos Santos verkauft zu haben.

6.10. Die Bank BNP *Paribas* profitiert von der Krise an den Finanzmärkten und kauft sich für 14,5 Milliarden Euro bei der Bank Fortis in Belgien und Luxemburg ein. BNP wird damit die führende Bank im Privatkundengeschäft in Belgien und Luxemburg und, gemessen an den Spareinlagen, die größte Bank im Euroraum.

7.10. Die Finanzminister der Europäischen Union einigen sich auf einen Rettungsplan für die durch die Finanzkrise angeschlagenen Banken, um Bürger und Unternehmen vor den Auswirkungen der Finanzkrise zu schützen. Der französische Premierminister François Fillon erklärt in Paris vor der Nationalversammlung, dass die französische Regierung sich vorbehält, angeschlagene Banken zwischenzeitlich zu verstaatlichen.

7.10. Zwischen den französischen Sparkassen und der Genossenschaftsbank *Banques Populaires* zeichnet sich eine Fusion ab, welche die Banken stützen soll. Beide Finanzinstitute sind bereits seit 2006 über die gemeinsame Bank *Natixis* verbunden, ein vollständiger Zusammenschluss, der bis jetzt abgelehnt wurde, soll jetzt beschleunigt werden.

8.10. In Evian findet eine dreitägige „*World Policy Conference*“ statt, die vom Pariser *Institut français des relations internationales* organisiert wird und an der neben Staatspräsident Sarkozy auch der russische Präsident Medwedew teilnimmt. Wissenschaftler und Politiker diskutieren Fragen und Herausforderungen der internationalen Politik im 21. Jahrhundert. Im Rahmen seiner Rede fordert Staatspräsident Sarkozy von den europäischen Nachbarländern ein gemeinsames Vorgehen gegen die Finanzkrise.

8.10. In Paris eröffnet die Ausstellung „Picasso und die Meister“, die in den drei Museen *Louvre*, *Musée d'Orsay* und *Grand Palais* Meisterwerke Picassos sowie die Werke von Künstlern, die Picasso beeinflussten, zusammenbringt. Darunter befinden sich berühmte Gemälde von Goya, Tizian, Manet und Rembrandt. Der Versicherungswert der Ausstellung beträgt etwa zwei Milliarden Euro und liegt damit höher als der Wert jeder zuvor in Paris gezeigten Ausstellung.

8.10. An der Pariser Börse wird der Handel nach Kursverlusten von bis zu 8,2 % zwei Mal ausgesetzt. Die Unterbrechungen des Handels stoppen die Abwärtsspirale, nach einem turbulenten Handelstag schließt der französische Börsenindex CAC 40 bei - 4 %.

9.10. Der Literaturnobelpreis des Jahres 2008 wird von der schwedischen Akademie an den französischen Novellisten Jean-Marie Gustave Le Clézio verliehen. Die Jury würdigt den 68-jährigen Autor als „*Verfasser des Aufbruchs, des poetischen Abenteurers und der sinnlichen Ekstase*“. Er war mit mehreren zivilisationskritischen, teilweise autobiografischen Romanen und Novellen bekannt geworden.

12.10. In Reaktion auf die weltweite Finanzkrise und die deutlichen Kurseinbrüche an den internationalen Börsen treffen die Staats- und Regierungschefs der Eurogruppe in Paris zu einem Krisengipfel zusammen. Dabei soll ein gemeinsamer Aktionsplan zur Stabilisierung des Finanzsektors erarbeitet werden. Insbesondere Staatspräsident Sarkozy und Bundeskanzlerin Merkel betonen dabei ihren Willen zur Zusammenarbeit, nachdem in den vergangenen Tagen Unstimmigkeiten zwischen den beiden über ein gemeinsames Vorgehen bekannt geworden waren. Merkel hatte einen von Paris vorgeschlagenen EU-Hilfs-

fonds für angeschlagene Banken abgelehnt und verstärkt nationale Lösungen befürwortet.

12.10. Aus humanitären Gründen nimmt die französische Justiz eine Auslieferungsanweisung für die Italienerin Marina Petrella zurück. Die heute 54-Jährige ist ehemaliges Mitglied der terroristischen Gruppe Rote Brigaden und war in Italien zu lebenslanger Haft verurteilt worden. Sie war in Frankreich inhaftiert, bis im August 2008 ein Gericht in Marseille ihre Freilassung auf Grund schwerer gesundheitlicher Probleme angeordnet hatte. Die linksextremistische Gruppierung Rote Brigaden wird für mehrere Anschläge in Italien in den 1970er und 1980er Jahren verantwortlich gemacht. Der damalige französische Staatspräsident Mitterrand hatte den Mitgliedern unter der Bedingung, dass sie der Gewalt abschwören, in Frankreich Asyl gewährt.

13.10. Wie die Regierungen anderer Staaten kündigt die französische Regierung ein Rettungspaket für die französischen Banken an. Diesem zufolge stehen bis zu 320 Milliarden Euro zur Garantie der Verbindlichkeiten der Banken zur Verfügung. Diese Garantie ist bis Ende 2009 begrenzt. Durch die Absicherung soll die Wiederbelebung des Interbankenhandels sichergestellt werden, der im Rahmen der Finanzkrise zum Erliegen gekommen war. Zusätzlich stehen 40 Milliarden Euro zur Rekapitalisierung der Banken zur Verfügung. Für die Organisation wird eine neu gegründete Gesellschaft für Staatsbeteiligungen verantwortlich sein. Für die Verabschiedung des Rettungspaketes in der Nationalversammlung kündigt der PS seine Enthaltung an, die zugleich die Unterstützung von Rettungsmaßnahmen sowie die Ablehnung der Grundlinie der Wirtschaftspolitik unter Nicolas Sarkozy widerspiegeln soll.

14.10. Im Rahmen eines Fußball-Länderspiels Frankreich gegen Tunesien kommt es beim Erklängen der französischen Nationalhymne zu Pfiffen und Protesten tunesischer Fans. Mehrere Politiker, darunter Staatspräsident Sarkozy, äußern sich am Folgetag empört über die Vorfälle. Sportministerin Roselyne Bachelot kündigt für die Zukunft einen sofortigen Abbruch des Spiels als Reaktion auf derartige Vorkommnisse und Schmähungen einer Nationalhymne an.

18.10. Im kanadischen Québec findet der zwölfte Francophonie-Gipfel statt, an dem Vertreter aus 55

französischsprachigen Ländern teilnehmen. Im Zentrum der Diskussionen stehen mögliche Reaktionen auf die Finanzkrise, die auch die Interessen von Entwicklungsländern, insbesondere der afrikanischen Staaten, einbeziehen. Darüber hinaus stehen Themen wie gemeinsame Umweltpolitik und der Status der französischen Sprache auf der Tagesordnung des im Zweijahresrhythmus stattfindenden Gipfels.

17.10. Zum ersten Mal seit dem Jahr 2003 finden offizielle Gespräche zwischen Vertretern Europas und Kubas statt. Bei einem Treffen zwischen dem französischen Außenminister Kouchner und dem kubanischen Außenminister Pérez Roque kündigt Kouchner EU-Aufbauhilfen nach den verheerenden Hurrikanen in Kuba an. Mit der Aufhebung von Sanktionen, die 2003 nach der Festnahme von Dissidenten in Kuba verhängt worden waren, sollen weitere Demokratisierungsmaßnahmen des kubanischen Präsidenten Raul Castro unterstützt werden.

17.10. Der Internationale Währungsfonds (IWF) leitet Untersuchungen gegen seinen Vorsitzenden Dominique Strauss-Kahn ein, dem eine Affäre mit einer Mitarbeiterin des IWF vorgeworfen wird. Eine externe Untersuchungskommission soll klären, ob es dabei zu Vergünstigungen für die Mitarbeiterin und damit zu einem Fall von Amtsmissbrauch gekommen war.

18.10. In Camp David, dem Landsitz des US-Präsidenten, trifft Staatspräsident Sarkozy mit George W. Bush sowie EU-Kommissionspräsident Barroso zusammen. Sie einigen sich auf eine Reihe von weltweiten Gipfeltreffen zur Finanzkrise, die direkt nach der US-Wahl im November beginnen soll. Am ersten Treffen sollen nach einem Vorschlag Sarkozys neben den G8-Staaten auch die großen Schwellenländer China, Indien, Brasilien, Mexiko und Südafrika teilnehmen. Dabei geht es um eine Reform des internationalen Finanzsystems sowie weitere konkrete Maßnahmen zur Bekämpfung der Finanzkrise.

19.10. In Paris protestieren zehntausende Menschen gegen die von Bildungsminister Xavier Darcos angekündigten Reformen im Bildungssystem und die geplanten Einsparungen im öffentlichen Dienst. Laut dem Bildungshaushalt für 2009, der im November verhandelt werden soll, ist für das kommende Jahr die

Streichung von 13 500 Stellen im öffentlichen Dienst geplant. Bereits in den Jahren 2007 und 2008 waren insgesamt 20 000 Stellen gestrichen worden.

21.10. Im Rahmen einer OECD-Ministertagung in Paris fordern der französische Minister für Budgetfragen, Eric Woerth, und der deutsche Finanzminister Peer Steinbrück ein strengeres Vorgehen gegen Steuerparadiese, zu denen auch die Schweiz zähle. Zu den Maßnahmen zählt beispielsweise eine künftige Erfassung von Kapitaleinkünften so genannter „Steuerausländer“. Die Schweiz reagiert mit Protest auf ihre geplante Aufnahme auf die schwarze Liste der „Steuerparadiese“ der OECD.

21.10. Vor dem Europäischen Parlament in Paris schlägt Staatspräsident Sarkozy als Reaktion auf die Finanzkrise die Gründung von Staatsfonds vor, die in Krisenzeiten einen Schutz nationaler Unternehmen vor Übernahmen aus dem Ausland garantieren könnten. Europa solle sich damit vor dem „Ausverkauf“ einheimischer Unternehmen schützen. Betroffen sei hiervon insbesondere die europäische Autoindustrie.

22.10. Nach Vorlage des Kommissionsberichtes zur Institutionenreform unter seiner Führung wird dem ehemaligen Premierminister Edouard Balladur von Staatspräsident Sarkozy der Vorsitz einer Kommission zur Erarbeitung einer Territorialreform übertragen. Die Regierung Sarkozy verfolgt dabei das Konzept einer Zusammenlegung von Regionen und Departements.

23.10. Die internationale Finanzkrise wirkt sich deutlich auf die französische Wirtschaft aus. Der Autohersteller Renault stellt für eine Woche seine Produktion ein. In Reaktion auf die Entwicklung kündigt Staatspräsident Sarkozy die Einrichtung eines öffentlichen Investitionsfonds an, mit dem durch die Übernahme von Anteilen durch den Staat strategisch wichtige

Industriekonzerne vor Übernahmen aus dem Ausland geschützt werden sollen. Der Fonds soll von der Bank *Caisse des Dépôts et des Consignations* unter Aufsicht des Parlaments betrieben werden. Bedrohte Konzerne sollen so mit Eigenkapital versorgt werden. Zudem wird die Körperschaftsteuer auf Neuinvestitionen bis zum Jahr 2010 ausgesetzt sowie verstärkt in Infrastrukturprojekte investiert.

25.10. Auf dem EU-Asien-Gipfel fordern die Vertreter der 27 EU-Mitgliedstaaten sowie der 16 teilnehmenden asiatischen Staaten eine Reform des internationalen Finanzsystems. In seiner Rolle als EU-Ratspräsident macht sich Sarkozy gemeinsam mit Bundeskanzlerin Merkel insbesondere für eine Stärkung des Internationalen Währungsfonds stark.

26.10. Der geschäftsführende Direktor des Internationalen Währungsfonds (IWF) Strauss-Kahn wird von einer Untersuchungskommission vom Vorwurf des Amtsmissbrauchs entlastet. Ihm war vorgeworfen worden, eine Mitarbeiterin des IWF, mit der er eine Beziehung unterhalten hatte, begünstigt zu haben. Strauss-Kahn wird vom Aufsichtsrat des IWF in seinem Amt bestätigt.

28.10. Angesichts der Auswirkungen der internationalen Finanzkrise kündigt Staatspräsident Sarkozy umfassende Maßnahmen zur Stützung des Arbeitsmarkts an, darunter die Schaffung von 100 000 zusätzlichen Stellen im Rahmen eines *Contrat aidé*. Mit dieser Maßnahme sollen Arbeitslose mit Hilfe von staatlichen Zuschüssen wieder in den Arbeitsmarkt integriert werden. Weitere Maßnahmen sollen eine Entfristung von Zeitverträgen und eine Umschulung entlassener Arbeitnehmer aus Mittelstandsbetrieben sein. Auch fordert Sarkozy eine erneute Diskussion der Ladenöffnungszeiten am Sonntag.